



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

10. Jahrgang, Nummer 11 / 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit, einen guten Rutsch in ein möglichst gutes neues Jahr und für 2014 viel Glück und Gesundheit.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Weihnachtsspenden für den BBU

Am 30. November haben in Berlin 16.000 Menschen für die Energiewende demonstriert. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gehörte zum Trägerkreis der Demonstration. Bei der Auftaktkundgebung kam auch Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU zu Wort. Oliver forderte dabei ein Verbot von Fracking. Bei der Gasförderung nach dem Fracking-Verfahren handelt es sich um eine unbeherrschbare Risikotechnologie, die auf jeden Fall verhindert werden muss. Der BBU setzt sich daher schon seit geraumer Zeit engagiert und konsequent gegen Fracking zur Wehr. Und immer mehr Bürgerinitiativen und EinzelkämpferInnen gegen Fracking schließen sich dem BBU an. Hier der Clip der Rede von Oliver in Berlin: <https://www.youtube.com/watch?v=9sb7RQEwg58>
Der BBU wird sich weiterhin gegen die Bedrohung durch AKW und Uranfabriken, gegen Fracking, für eine Energieversorgung ohne Kohlekraftwerke und für den bestmöglichen Einsatz der Erneuerbaren Energien einsetzen. Der BBU wird zum Gelingen der Energiewende beitragen! Er engagiert sich für den Meeresschutz, für gesunde Luft und saubere Böden. Der BBU setzt sich für den Artenschutz und gegen Massentierhaltung ein. Zur Durchführung seiner vielfältigen bundesweiten und internationalen Aktivitäten ist der BBU aber auch auf Unterstützung angewiesen.



Vor uns liegen viele Aufgaben und zur Finanzierung bitten wir um **Weihnachtsspenden** Jeder Euro hilft!
Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 37050198, Kontonummer: 19002666. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar.

Der BBU gratuliert Ursula Sladek

Bundespräsident Joachim Gauck übergab am 27.10.2013 im Rahmen eines Festaktes in Osnabrück den Deutschen Umweltpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) an Ursula Sladek (Elektrizitätswerke Schönau). <http://www.ews-schoenau.de/umweltpreis.html>. Der BBU gratuliert Ursula Sladek ganz herzlich zu dieser Auszeichnung. Der BBU und die von Ursula Sladek mitinitiierten Elektrizitätswerke Schöne (EWS) kooperieren seit vielen Jahren im Bereich des Öko-Stromwechsels. Mehr dazu unter <http://www.bbu-online.de>.

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

(Bonn, 12.12.2013) Entsorgungsverbände führen erbitterten Kampf gegen die Anwendung bestehender rechtlicher Standards zur Anlagensicherheit – Branche will das seit über zehn Jahren existierende Vollzugsdefizit bei Abfallanlagen ungebrochen fortsetzen

Als Ausdruck einer antiquierten Industriepolitik, einer fehlenden Akzeptanz von Entscheidungen gesetzlich legitimierter Gremien, der Missachtung der Unabhängigkeit staatlicher Stellen sowie einer irreführenden Informationspolitik bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Erklärung von sechs Verbänden aus der Entsorgungs- und Recyclingbranche vom 10.12.2013. Diese versuchen derzeit, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und die Kommission für Anlagensicherheit (KAS) durch eine Kampagne unter Druck zu setzen. Ziel ist die Rücknahme des Leitfadens KAS-25 „Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der

Störfall-Verordnung“, der Ende 2012 von der KAS herausgegeben wurde. Der Leitfaden ist einzigartig in Europa und erlaubt erstmals eine Einstufung gefährlicher Abfälle in die Stoffkategorien der Störfall-Verordnung auf der Grundlage des Europäischen Abfallkatalogs. Dies führt zu einer Entscheidung, ob ein Betrieb, in dem gefährliche Abfälle vorhanden sind, die Bestimmungen der Störfall-Verordnung erfüllen muss. Damit verbunden ist ein größerer Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor Störfällen.

Gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 12.12.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/12.12.13.html>

Atomindustrie

Anti-Atomkraft-Bewegung in NRW plant Demonstration in Jülich und Ostermarsch in Gronau

Die Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen hat sich bei ihrem Herbsttreffen in Münster für die Durchführung einer landesweiten Demonstration zum dritten Fukushima-Jahrestag in Jülich und für einen Ostermarsch in Gronau am Karfreitag 2014 ausgesprochen. Insgesamt haben die Mitglieder der Anti-Atomkraft-Initiativen bei ihrem Treffen von der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf ein engagiertes Vorgehen gegen alle Atomanlagen in NRW gefordert.



Am 11. März 2014 jährt sich der Beginn der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima zum dritten Mal. Daran wollen die Anti-Atomkraft-Initiativen mit einer landesweiten Demonstration am 8. März in Jülich erinnern. Die Demonstration richtet sich generell gegen die Nutzung der Atomenergie und speziell gegen den Betrieb des Kernforschungszentrums in Jülich. Dort wird noch immer an AKW-Technologie, insbesondere Kugelhaufenreaktoren, geforscht. Und das obwohl sowohl der Prototyp in Jülich, als auch der Kugelhaufenreaktor in Hamm havariert und wegen Störfällen still-

gelegt wurden. Der Rückbau des Reaktors in Jülich verzögert sich und bereitet offenbar zunehmend Probleme. Zudem lagern in Jülich 152 Castorbehälter mit Atommüll, die möglicherweise in die USA gebracht werden sollen. Die Anti-Atomkraft-Bewegung lehnt einen Abtransport in die USA oder in die Atommüll-Halle in Ahaus ab. Das Jülicher Forschungszentrum entzieht sich seit jeher seiner Verantwortung für den Atommüll und soll bei der Demonstration exemplarisch für die zahlreichen problematischen Atomanlagen wie die in Duisburg, Ahaus und Gronau im Fokus stehen.

Gekürzte Pressemitteilung der Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen vom

26.11.2013. Vollständiger Text unter <http://antiatomeuskirchen.blogspot.de/2013/11/27/anti-atomkraft-bewegung-in-nrw-plant-demonstration-in-juelich-und-ostermarsch-in-gronau>

Nach Parlamentsanhörung zu Urananreicherung in den Niederlanden: „Öffentliche Urenco-Anhörung im Bundestag notwendig“ / Umweltverbände, Friedensorganisationen und Anti-Atom-Initiativen: „Urenco und Urananreicherung stilllegen statt verkaufen“

Nach dem Vorbild der öffentlichen Anhörung im niederländischen Parlament in Den Haag am 5. Dezember fordern Umweltverbände, Friedensorganisationen und Anti-Atomkraft-Initiativen von der Bundesregierung, auch im Bundestag eine öffentliche Anhörung zum Verkauf des Urananreicherers Urenco durchzuführen. Dazu sollten auch kritische WissenschaftlerInnen, FriedensforscherInnen und Umweltverbände eingeladen werden. „Es darf nicht sein, dass der Verkauf hochsensibler, atomwaffentauglicher Atomtechnologie nur unter Berücksichtigung von Wirtschaftsinteressen im stillen Kämmerlein entschieden wird. Was in den Niederlanden öffentlich diskutiert wird, muss auch hierzulande offen auf den Tisch,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

„In den Niederlanden wird über die Gefahr der Weiterverbreitung der atomwaffentauglichen Urananreicherungstechnologie offen debattiert. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihre Hinterzimmer-Diplomatie beendet und der Bundestag eingeschaltet wird, um über die erheblichen Risiken zu beraten,“ so Dirk Seifert von der Umweltorganisation Robin Wood.

Gekürzte Pressemitteilung (verschiedener Initiativen und Verbände) vom 11.12.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/11.12.13.pdf>

Chemieindustrie

BBU, BUND NRW und die Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg –Nord: Erörterungstermin zur Erweiterung der Duisburger Grillo-Werke hat erschreckende Defizite der Antragsunterlagen offenbart

Nach dem Ende des Erörterungstermins zur Erweiterung der Duisburger Grillo-Werke am 28.11.2013 gegen 19.30 Uhr ziehen der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der Bund für Umwelt und Naturschutz NRW (BUND NRW) und die Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg-Nord ein Resümee: Das Verfahren war geprägt von Benachteiligungen der EinwenderInnen, unvollständigen Unterlagen, Fehlbeurteilungen und Ermittlungsdefiziten. Die Umweltorganisationen fordern von der Bezirksregierung Düsseldorf eine Vervollständigung und Überarbeitung der Unterlagen, eine Neuauslegung und einen erneuten Erörterungstermin.

Michael Lefknecht von der Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg-Nord erklärt hierzu: „Aus den Antragsunterlagen war kaum ersichtlich, was beim geplanten Anlagenbetrieb geschehen soll. Fehlende Aussagen über Stoffe,

Zwischenprodukte oder Abfälle waren die Regel. Ein Stoffflussdiagramm, in dem die einzelnen Substanzen mit ihren jeweiligen Mengen dargestellt werden, fehlte und wurde von uns eingefordert. Die wichtigsten Kapitel des Teilsicherheitsberichts wurden von Grillo zum Betriebsgeheimnis erklärt und der Öffentlichkeit nicht offenbart. Am Abend der Anhörung stellte sich zudem heraus, dass wichtige Unterlagen zum Teilsicherheitsbericht entgegen den Vorgaben gar nicht ausgelegt worden sind. Auf dieser Basis war eine zielführende Erörterung unmöglich.“

(Gekürzte) Gemeinsame Presseerklärung von BBU, BUND NRW und der Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg-Nord vom 29.11.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/29.11.13.html>

MONSANTO und BAYER größte Produzenten / PCB-Kontaminationen: „Hersteller müssen haften!“

Weltweit wurden rund 1,3 Millionen Tonnen Polychlorierte Biphenyle (PCB) produziert. Rund die Hälfte aller PCB stammt aus den Fabriken des US-Konzerns MONSANTO. Die BAYER AG liegt mit 160.000 Tonnen – rund 12 Prozent der weltweiten Produktion – auf dem zweiten Platz.

Der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), die Coordination gegen BAYER-Gefahren und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordern jetzt, die Produzenten an den horrenden Entsorgungskosten zu beteiligen.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG): „Die Hersteller, vor allem die Firmen MONSANTO und BAYER, haben die Gefahren von Polychlorierten Biphenylen jahrzehntelang vertuscht. Wir können nicht zulassen, dass die Industrie ein halbes Jahrhundert lang Gewinne einfährt, und die Kosten nun allein von der Allgemeinheit getragen werden“. Die CBG veröffentlichte heute einen [umfangreichen Artikel](#) zur PCB-Historie.

Prof. Jürgen Rochlitz, Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit beim Bundesumweltministerium: „Als Chemiker und Politiker, der sich seit den achtziger Jahren mit Dioxinen und anderen Auswüchsen der Chlorchemie befasst, möchte ich betonen: es wird Zeit, dass die ungeheuren Sanierungskosten für PCB-kontaminierte Standorte von den ehemaligen Herstellerfirmen mitgetragen werden!“.

Claudia Baitinger, ebenfalls Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit und Sprecherin des AK Immissionsschutz des BUND mahnt, dass der bei der Sanierung anfallende PCB-Abfall leicht zu weiteren Umweltbelastungen führen kann, wenn aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus die Beseitigung Billiganbietern der "Entsorgungs"branche überlassen wird: „Dann werden aus dem einen Skandal weitere Skandale an weiteren Orten“ - wie in den letzten Jahren landauf landab zu beobachten war.

Dagmar von Lojewski-Paschke vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert besonders eine Sanierung von Schulgebäuden: „Kanzergene und neurotoxische Chemikalien wie PCB, die über ihre hormonellen Wirkungen neben dem Lernen auch das Verhalten beeinflussen können, müssen durch gründliche Sanierungen schnellstens aus dem Lernumfeld zehntausender Kinder verschwinden“. Die toxische Wirkung von PCB ist denen von Dioxinen vergleichbar. Untersuchungen zeigen, dass im Fettgewebe deutscher Kinder oftmals eine höhere PCB-Konzentration nachgewiesen wird als bei Erwachsenen in den meisten Industriestaaten. „Die Sanierung aller kontaminierten Schulgebäude würde Milliardensummen verschlingen, an denen die Herstellerkonzerne nach dem Verursacherprinzip beteiligt werden sollten“, so Lojewski-Paschke weiter.

=> Informationen zur PCB-Historie: www.cbgnetwork.de/5378.html

(Leicht Gekürzte) Gemeinsame Pressemitteilung vom 18.12.2013 des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) - Landesverband NRW, der Coordination gegen BAYER-Gefahren und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/18.12.13.pdf>



Nach dem Erörterungstermin zu den Berleburger Schaumstoffwerken: BBU und BUND NRW fordern vollständigen Verzicht auf TDI-Einsatz

Als wichtigen Teilerfolg sehen die Umweltverbände Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Nordrhein-Westfalen (BUND NRW) die Reduzierung des zukünftig geplanten Einsatzes der sehr giftigen Chemikalie TDI (Toluol-2,4-diisocyanat) bei der Änderung des Werks der Berleburger Schaumstoffwerke. Die Umweltverbände fordern die Firma nun auf, endgültig auf den Einsatz von TDI zu verzichten und damit den Schutz der Bevölkerung in der Umgebung des Werks sicherzustellen.

Auf dem Erörterungstermin am 16.12.2013 hatte der Betreiber der Berleburger Schaumstoffwerke aufgrund des eingereichten Einspruchs beider Umweltverbände verkündet, dass er die Mengen von TDI in seinem Lagerbehälter von 8 m³ auf 1 m³ reduzieren wolle. Mit dieser Teilrücknahme verbunden war auch eine Reduzierung der Mengen im TDI-Reaktor. Zahlreiche Kritikpunkte wie die Gewährleistung angemessener Abstände zwischen dem Betrieb und der Wohnbebauung, Maßnahmen bei einer Überflutung des Betriebs oder die Lärmbelastung durch den beantragten Rund-um-die-Uhr-Betrieb blieben jedoch ungelöst.

(Gekürzte) Gemeinsame Pressemitteilung des BUND NRW und des BBU vom 19.12.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/19.12.13.pdf>

Energiepolitik

16.000 bei Energiewende-Demonstration im Berliner Regierungsviertel / Empörung über Große Koalition: "Frontalangriff auf Energiewende" / Forderung: Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom

Am heutigen Samstag forderten 16.000 Menschen von der künftigen Bundesregierung, die Energiewende mit Sonne und Wind zu gestalten und Fracking, Kohle und Atom aufs Abstellgleis zu stellen. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD nutze nicht die riesige Chance, mit der Energiewende beim Klimaschutz ernst zu machen, Atomkraft abzuschalten, den Stromkonzernen den Stecker zu ziehen und für eine Energieversorgung in Bürgerhand zu sorgen. Die 16.000 Demonstranten starteten am Berliner Hauptbahnhof und umzingelten das Kanzleramt. Gleichzeitig ließen Teilnehmer zig Drachen vor dem Reichstag steigen, die vor einer Woche landauf landab mit Energiewende-Forderungen bemalt wurden.

Aufgerufen zu der Energiewende-Demo hatten zusammen mit mehr 60 anderen Organisationen und Gruppen unter anderem die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, das Kampagnennetzwerk Campact, die NaturFreunde Deutschland, Attac und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: "Trotz kurzer Vorbereitungszeit und trotz Novemberwetter sind heute Tausende auf die Straße gegangen, um die Energiewende gegen die große Koalition und die alten Stromkonzerne zu verteidigen. Die Empörung über die geplante Energiepolitik ist groß. Alle Umfragen zeigen: Die Bevölkerung will deutlich schneller raus aus der Atomkraft und nicht länger auf Kohle setzen. Gehen Union und SPD einen anderen Weg, dann wird der heutige Tag der Auftakt für weitaus größere Proteste sein."

Christoph Bautz, Geschäftsführer des Kampagnennetzwerks Campact, ergänzt zu den Hintergründen der Demonstration:

Gekürzte Pressemitteilung vom 30.11.2013 des Trägerkreises der Demonstration „Energiewende retten“: .ausgestrahlt – gemeinsam gegen Atomenergie, Attac, BBU, Campact – Demokratie in Aktion, NaturFreunde Deutschlands. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/30.11.13.pdf>

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz verurteilt die Forderung nach Unterlassung von politischen Aktivitäten durch die RWE gegenüber KlimaaktivistInnen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert von dem Energiekonzern RWE, seine klima- und gesundheitsschädliche sowie katastrophale ökologische Geschäftspolitik unverzüglich zu unterlassen. Der Konzern darf die zügige Umsetzung der Energiewende nicht länger blockieren. Der BBU protestiert scharf dagegen, dass RWE Kritikerinnen und Kritikern den Mund verbieten will.

Während der Aktionstage im Rheinischen Braunkohlerevier im August 2013 wurde von KlimaaktivistInnen gegen die ökologisch verheerende Kohlepolitik der RWE protestiert und auf die Umwelt zerstörerische und gesundheitlich katastrophale Klimabilanz von CO₂-Ausstoß durch Kohlekraftwerke hingewiesen. Das verdeutlichten 200 mutige AktivistInnen auch durch die Besetzung der Hambach-Bahn, der Verbindungsader zwischen den rheinischen Kohleabbaugebieten und den Kohlekraftwerken der RWE.

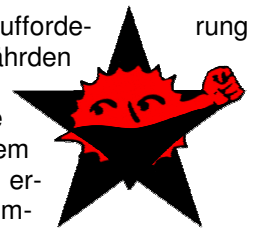
Jetzt haben diese KlimaaktivistInnen von den Anwälten des RWE-Konzerns eine schriftliche Aufforderung zur Unterlassung jeglicher politischer Proteste erhalten, die die Geschäftspolitik der RWE gefährden könnten. Andernfalls wird ihnen mit Klageerhebung gedroht.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz verurteilt das Vorgehen von RWE gegen die AktivistInnen im Hambacher Forst scharf. „Angesichts der verheerenden CO₂-Klimabilanz, dem teilweisen Ausstieg aus der Energiewende im Koalitionsvertrag der großen Koalition und dem ergebnislosen UN-Klimagipfel in Warschau ist ein mutiger BürgerInnenprotest notwendig, um Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutz selber in die Hand zu nehmen, wenn ein Konzern an veralteten Geschäftsmodellen festhält“, so Regina Ludewig vom BBU-Vorstand.

„Vor allem der Eingriff in die Gesetzeslage und die Rechtsprechung durch Anwälte eines Großkonzerns ist ein verheerender Eingriff in die Demokratie und Bürgerrechte“ findet Regina Ludewig vom BBU-Vorstand. „Wenn Konzerne sich durch ihre Geschäftspolitik unverantwortlich gegenüber der heutigen und nachfolgenden Generationen verhalten, sollte es Aufgabe mutiger BürgerInnen sein, durch Proteste auf dieses unverantwortliche Verhalten hinzuweisen. Das darf ihnen in einer Demokratie nicht aus der Hand genommen werden“.

Leicht gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 11.12.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/11.12.13.html>



Fracking

Huber: Kein Fracking mit gefährlichen Substanzen

Der Einsatz von grundwassergefährdenden Stoffen zur unkonventionellen Gasförderung durch Fracking muss verboten bleiben. Dies erklärte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber anlässlich der Pläne der Bundesregierung für eine bundesweit einheitliche Regelung. „Solange die Risiken des Einsatzes chemischer Substanzen beim Fracking nicht abschätzbar sind und negative Folgen für Mensch und Natur nicht ausgeschlossen werden können, darf diese Technik nicht zur Anwendung kommen“, betonte Huber. „Es muss ein bindendes Moratorium gelten so-

lange die Umweltgefahren nicht geklärt sind.“ Huber fordert deshalb eine entsprechende Klarstellung. Es müsse klar sein, dass dies kein Gesetz für Fracking, sondern ein Gesetz gegen Fracking sei, solange bis die Unbedenklichkeit der Methode nicht wissenschaftlich fundiert und stichfest nachgewiesen ist.

Beim Fracking sollen im Gestein Hohlräume und damit Wege für Gase und Flüssigkeiten geschaffen werden, um gebundenes Gas durch hineingepresste Flüssigkeit zu fördern. Dabei gelangen grundwassergefährdende Stoffe in tiefe Gesteinsschichten. Der bayerische Umweltminister sieht darin erhebliche Gefahren für das Trinkwasser: „Gerade unser bayerisches Trinkwasser ist von hervorragender Qualität. Weltweit haben schätzungsweise eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Wir können unser Leitungswasser hingegen bedenkenlos trinken. Dies dürfen wir nicht durch mögliche Giftcocktails, die unwiderruflich in die Natur eingebracht werden, aufs Spiel setzen.“ Zwar sieht der Bund ein Verbot für die Nutzung von Fracking zur unkonventionellen Gasgewinnung in Wasserschutzgebieten vor und fordert vor jedem Einsatz eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Huber stellt dennoch klar: „Solange Risiken nicht ausgeschlossen sind, ist Fracking auch außerhalb von Wasserschutzgebieten nicht verantwortlich. Auch wenn diese Methode aus geologischen Gründen in Bayern nicht angewendet werden kann, beziehen wir klar Position. Denn: Was wir heute der Natur antun, können wir morgen nicht einfach ungeschehen machen. Vergiftetes Grundwasser ist für immer verloren.“

Pressemitteilung des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit (Bayern) vom 08. Mai 2013

Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion. Die Pressemitteilung aus Bayern haben wir von einem Newsletter-Leser bekommen. Das bei Aussagen führender Landespolitiker größte Vorsicht geboten ist, verdeutlichen folgende BBU-Pressemitteilungen in Sachen Fracking.

Kündigt der niedersächsische Wirtschaftsminister Fracking-Abmachungen des Koalitionsvertrags auf? – BBU fordert eine Klarstellung des Ministerpräsidenten Weil

Mit Empörung hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) auf die Äußerungen des niedersächsischen Wirtschaftsministers Olaf Lies reagiert, auf Fracking nicht verzichten zu wollen. Geschickt hatte er in einer Jubelveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der Deutschland-Aktivitäten der 100-prozentigen BASF-Tochter Wintershall die Tür zu zukünftigen Fracking-Aktivitäten in Niedersachsen aufgestoßen und indirekt versucht, Fracking in Sandgestein als konventionelle Erdgasförderung umzudefinieren. Der BBU fordert nun ein Eingreifen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil. Weil soll seinen Minister in die Schranken weisen, um das gefährliche Gasbohren in Niedersachsen zu verhindern und die Einhaltung des Koalitionsvertrags in diesem Bundesland zu gewährleisten.

Der BBU fordert daher Ministerpräsident Stephan Weil auf, seinen Wirtschaftsminister auf den Boden des Koalitionsvertrags zurückzuholen und seinen weiteren Fracking-Plänen einen Riegel vorzuschieben. Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung dieses Themas erwartet der BBU, dass SPD und GRÜNE dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Koalitionsausschusses setzen.

Gekürzte BBU-Pressemitteilung vom 09.12.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/09.12.13.html>

BBU empört über neue Entscheidungen des Umweltministers von Schleswig-Holstein: Habeck bereitet konsequent den Boden für Fracking

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat den schleswig-holsteinischen Umweltminister Habeck scharf wegen seiner Fracking-relevanten Entscheidungen kritisiert. Robert Habeck hat das höchst umstrittene niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) erstmals zur schleswig-holsteinischen Bergbehörde erklärt und ihm damit die zentrale Kompetenz für Fracking-Entscheidungen zugewiesen. Zudem wurde am 17.12.2013 bekannt, dass Habeck es zugelassen hatte, dass das LBEG als notwendige Voraussetzung für Fracking vier Bergbauberechtigungen für die Felder Gettorf, Sterup, Elmshorn und Warnau in Schleswig-Holstein erteilt hatte. Für den BBU sind die Berechtigungen unter rechtswidrigen Rahmenbedingungen erteilt worden.

Nach einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des schleswig-holsteinischen Landtags vom 4.11.2013 war klar, dass das jahrelang agierende LBEG mangels fehlender rechtlicher Voraussetzungen nie für die Erteilung von Erlaubnissen und Bewilligungen zur Gewinnung von Bodenschätzen zuständig war und bisherige Entscheidungen rechtswidrig ergangen sind. Zudem hat die Anti-Fracking-Bewegung die Verschleppung der Bearbeitung von Anträgen zur Transparenz von Verwaltungsvorgängen sowie die Industriefreundlichkeit der unzuständigen Behörde LBEG kritisiert. Doch Habeck hält zum Entsetzen der Anti-Fracking-Bewegung dem LBEG ungebrochen die Treue.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Der Umweltminister hätte die einzigartige Möglichkeit gehabt, sich des LBEG zu entledigen und eine eigene Behörde in Schleswig-Holstein aufzubauen. Diese hätte so strukturiert sein können, dass sie das Vertrauen der Bevölkerung besitzt und die rechtsstaatlich gebotenen Prüfungsschritte bei der Erteilung von Bergbauberechtigungen vornimmt. Diese Gelegenheit hat Habeck verstreichen lassen und stattdessen die Position des LBEG gestärkt. Mit der Landesverordnung zur Änderung der Bergrechts-Zuständigkeitsverordnung vom 19.11.2013 hat Habeck das LBEG zur Bergbehörde berufen und den Gaskonzernen damit einen großen Dienst erwiesen. Diese können sich darauf verlassen, dass ihnen bei ihren Anträgen zu bergrechtlichen Bewilligungen und Erlaubnissen, die Voraussetzungen für Fracking sind, auch weiter keine Steine in den Weg gelegt werden.“

Auch die vier Bergbauberechtigungen, deren Erteilung am 17.12.2013 veröffentlicht wurde, dürften die Gaskonzerne als vorweihnachtliches Geschenk empfunden haben.

Landwirtschaftspolitik

Wir haben Agrarindustrie satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Für Alle!

Weltweit sind die Folgen der agrarindustriellen Massenproduktion für Bäuerinnen und Bauern, Verbraucherinnen und Verbraucher, Tiere und Umwelt dramatisch. Die neue Bundesregierung muss jetzt handeln und für eine gerechte und global verantwortliche Agrarpolitik sorgen. Schluss mit der Klientelpolitik für die Agrarindustrie!

Dafür braucht es unseren Protest! Am 18. Januar 2014 werden wir für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft mit vielen Tausend Menschen in Berlin auf die Straße gehen.

Aus dem Aufruf 4. "Wir haben es satt!"-Demonstration in Berlin. Vollständiger Aufruf und ausführliche Informationen zur Mobilisierung und zum Demoablauf unter

<http://www.wir-haben-es-satt.de>.

Meeresschutz

Das Meer – ökologische Notwendigkeit oder lohnende Rohstoffquelle?

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert wie der Sachverständigenbeirat der Bundesregierung, die Diskussion um die Zukunft der Meere und ihre wirtschaftliche Nutzung für eine demokratische Beteiligung der Öffentlichkeit zu öffnen. Ziel soll ein Gesellschaftsvertrag sein, mit dem die Meere als überlebenswichtiger, ökologisch intakter Teil unseres Globus erhalten werden können.

Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) hat in seinem kürzlich veröffentlichtem Gutachten „Menschheitserbe Meer“ eine beängstigende Analyse des Zustandes der Ozeane geliefert. Folgerichtig fordert er mit einer Reihe von Maßnahmen nachdrücklich, auch die Meere in eine Transformation zu einer klimafreundlichen, nachhaltigen Gesellschaft einzubeziehen.

„Die Frage stellt sich jetzt, ob und wie weit die (neue) Bundesregierung den Empfehlungen des Beirats zu folgen bereit ist. Und ob sie diese gegenüber der EU nachdrücklich vertritt. Die lakonische Kürze und Unverbindlichkeit zum Thema in den Koalitionsvereinbarungen lässt Schlimmes befürchten“, so Peter Willers vom Arbeitsbereich Meeresschutz des BBU.

Zurzeit laufen die Vorbereitungen für den von der EU –Kommission jährlich veranstalteten „Tag der Meere“, diesmal im Mai 2014 in Bremen. Dazu werden unter anderem 1000 bis 1500 sogenannte „Stakeholder“ erwartet, in der großen Mehrheit Wirtschaftsvertreter. Es ist absehbar, dass der Schutzgedanke in dieser Veranstaltung unter die Räder gerät. Auch die EU-Kommission selbst hat mit ihrem Programm „Blaues Wachstum“ 2011 die Maßnahmen für die europäische wirtschaftliche Meeresnutzung detailliert erläutert. Nachhaltigkeit gerinnt darin zur Leerformel.

Der BBU ruft alle Interessierten zum Engagement für den Meeresschutz auf. Kontakt zum Arbeitsbereich Meeresschutz des BBU: Peter Willers, Bremen, Tel. 0421 -242688, e-mail: peterw@volanet.de

Pressemitteilung des BBU vom 05.12.2013

Verkehrspolitik

DB AG: Weniger Leistung für mehr Geld / Bündnis Bahn für Alle kritisiert Fahrpreiserhöhung – Preis für BahnCard 50 in elf Jahren fast verdoppelt, Tickets 39 Prozent teurer

Wie in jedem Jahr erhöht die DB AG mit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember wieder kräftig die Fahrpreise – diesmal nach eigenen Angaben um 2,5 bzw. 2,9 Prozent im Fern- und Nahverkehr. Rechnet man die Preiserhöhungen der letzten zehn Jahre zusammen, so belaufen sich diese seit 2003 auf 38,6 Prozent im Fern- und 38,7 Prozent im Nahverkehr. Über den gleichen Zeitraum betrug die Inflation gerade einmal 19,2 Prozent. Die Bahnpreise haben sich also doppelt so stark erhöht wie das generelle Preisniveau.

Vollständige Pressemitteilung des Bündnis „Bahn für Alle“ (dem auch der BBU angehört) vom 12.12.2013 unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/12.12.13.pdf>

Baustellen-Umgehungen: Hinein ins Chaos

Baustellen sind Störfälle im Wegenetz und vom menschlichen Körper weiß man, dass selbst kleinste Verengungen im Netz katastrophale Folgen haben können. Jedes Jahr geschehen in Deutschland etwa 2.300 Unfälle auf Innerortsstraßen bei denen - bei der durchaus nicht allumfassenden polizeilichen Erfassung - Baustellen als Problem angegeben wurden. Bei immerhin 85 % dieser Unfälle kommen Menschen zu Schaden.

<http://www.mobilogisch.de/archiv/archiv-ausgaben/41-ml/artikel/157-baustellen-umgehungen.html>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 11 / 2013, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 05.01.2014. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.